

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angewandte die Redaktionsstelle
Pöhlitz für Anzeigen aus dem
Gebiet des Erzgebirges, aus-
wärtige Anzeigen 15 Goldmarken,
Kontinental-Pöhlitz 10 Goldmarken,
amtliche 10 Goldmarken.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nummer Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 290

Dienstag, den 15. Dezember 1925

20. Jahrgang

Dr. Koch (Dem.) Reichsfinanzminister.

Ein neues Südosteuropa im Werden.

Das Zentrum lehnt ab.
Berlin, 13. Dez. Wie die Z. U. von maßgebender Seite erfährt, hat der Reichspräsident heute vormittag den Abgeordneten Fehrenbach zu dem angekündigten Besuch empfangen. Der Reichspräsident hat ihm die Bildung des Kabinetts auf der Grundlage der großen Koalition an. Abg. Fehrenbach lehnte jedoch ab, indem er ausdrücklich betonte, daß er diese Ablehnung auch im Namen seiner Fraktion aussprechen müsse. Infolge dessen entfällt auch die in der Presse angekündigte Möglichkeit, daß der Reichspräsident im Falle der Ablehnung des Herrn Fehrenbach den früheren Reichsfinanzminister mit der Kabinettsbildung beauftragen werde.

Für Montag vormittag 11 Uhr ist nun der Führer der Demokraten, Reichsminister a. D. Koch, zum Reichspräsidenten gebeten worden, und es ist anzunehmen, daß nun ihm der Versuch der Kabinettsbildung angeboten wird.

Berlin, 14. Dezember. Wie B.T.Z. meldet, hat Herr Reichspräsident von Hindenburg den Herrn Reichsminister a. D. Abgeordneten Dr. Koch (Dem.) empfangen und ihn gebeten, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Dr. Koch hat angenommen.

Der Balkan befindet sich in stets wachsender Ordnung und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Entwicklungsprozeß im Südosten Europas trotz der Neugestaltung der Verhältnisse durch den Ausgang des Weltkriegs nicht abgeschlossen ist. Durch den Zusammenbruch der kaiserlich-russischen und österreichisch-ungarischen Weltmächte ist der Balkan nun frei geworden von den Einflüssen jenes verberberischen Kräftefeldes zwischen den beiden Großmächten, die den Balkan nur als eine Domäne für ihre imperialistischen Wünsche betrachteten. Erst nach dem Ausschließen Russlands und Österreich-Ungarns ist es möglich geworden, daß sich die bodenständigen Kräfte und Ideen frei entwickeln. Erst jetzt kann dem Balkan durch einen langsamen Prozeß, der mit den Rückständen einer vergangenen Geschichtsperiode auftrumpft, eine ganz neue Gestalt gegeben werden, die der Sehnsucht und den Bedürfnissen der überwiegenden Mehrheit der Balkanbevölkerung entspricht.

Es soll nicht abgeleugnet werden, daß es heute nicht nur in ganz Europa, sondern auch in den Balkanstaaten und vor allem in Jugoslawien selbst noch sehr viele Menschen gibt, welche noch nicht daran glauben, daß die heuer im Sommer vollzogene serbisch-kroatische Verständigung als dauernder Faktor in Betracht kommen werde. Über nur als solcher kann die Verbindung Baltschisch-Rubisch auch auf außenpolitischem Gebiete die großen Aufgaben lösen, die sie sich gestellt hat. Aber vorläufig genügt es, darauf hinzuweisen, daß das Regime, das seit einigen Monaten die Beside Jugoslawiens lenkt, sich mit großen und ernsten Plänen trägt, welche eine Neuordnung der Dinge auf der ganzen Balkanhalbinsel zum Ziel haben. Die Verständigungspolitik ist mit dem Friedensschluß zwischen den drei großen südslawischen Stämmen, den Serben, Kroaten und Slowenen, noch nicht zu Ende. Die neue Richtung will auch noch eine Verständigung mit den Bulgaren und Magdoniern anstreben und so im Südosten Europas einen gewaltigen, alle südslawischen Völker umspannenden Staat schaffen. Die Träger dieser Idee sind dabei auch von der Ueberzeugung besetzt, daß sie auch die nichtslawischen Völker des Balkans in ihren Bann ziehen werden, wobei sie vorerst hauptsächlich Griechenland im Auge haben. Ein neuer Balkanbund von ausgesprochen dauerlicher Struktur in sozialer Beziehung soll dem Balkanvölkern einen dauernden Frieden sichern, indem er sie endgültig der Einwirkung fremder Interessen entzieht.

Ob diese Pläne utopisch sind? Ob sich die nichtserbischen Völker dauernd eine Hegemonie Bulgariens werden gefallen lassen? Oder will Rubisch gerade die serbische Hegemonie dadurch brechen, daß er die Zahl der nichtserbischen Völker vermehrt und dadurch ein stabiles Gleichgewicht schafft, das nach demokratischen Prinzipien die freie Entwicklung aller Beteiligten sichert. Nebenfalls stehen heute die nationaldenkenden Bulgaren diesen Plänen entgegen. Aber so, wie es Tatsache ist, daß das Regime Rantow allen seinen Anstrengungen zum Trotz kein Reverement mehr vollziehen kann und binnen kurzer Frist gezwungen sein wird, einer Umorientierung der bulgarischen Politik plausz machen, so unterliegt es auch keinem Zweifel, daß der großbulgarische Traum endgültig ausgetrieben ist. Der Kampf der Magdonierkomitees und der Oligarchie der Intellektuellen um Rantow und Bolschew gegen die Bauernbewegung ist bei allen Blutopfern, die er heißt, in einem reinen Bauernland einfach nicht zu gewinnen. Die Demokraten Malinow und Waptschew haben erst kürzlich bewegend eine Schwärzung nach links angetan und die bulgarischen Sozialdemokraten haben Rantow endgültig den Kampf angeblasen. Es gibt aber auch noch ein anderes Lager in Bulgarien, das in Europa immer als das des Bolschewismus verschrien wird, das Lager der Bauernführer unter Teodorow und Atanasow. Ihnen winkt die Fahne des Weges an dem Tage, an dem die Rantow und Russow, die Magdoniergeneräle und nationalistischen Großbulgaren zurücktreten müssen. Sie haben aber im Geiste Staatspolitik bereits die Einheitsfront mit dem serbischen und kroatischen Bauern hergestellt. Auch auf dem Balkan wird die soziale Notwendigkeit die nationalen Gegensätze überwinden.

Es bleibt nur die Frage offen, wie sich die Großmächte, denen die Gestaltung des Balkans immer eine Herzangelegenheit ihrer Interessen war, zu dieser Konzentrationspolitik der Balkanvölker stellen werden. Es läßt sich selbst als Balkanstaat und will keine Macht unter südslawischer Führung aufkommen lassen. Darum hat es überallhin haben gelassen, bis es im entscheidenden Augenblick stehen will in Albanien, in Rumänien, in Bulgarien und in Griechenland. Gegenwärtig bemüht es sich mit auffallender Rührigkeit um das Aufkommen eines griechisch-rumänischen Bündnisses, das die ganze bisherige Konzeption der Balkanpolitik ändern würde. Aber auch Frankreich will den Balkan nicht aus seinem alten Abhängigkeitsverhältnis dem westlichen Europa gegenüber herauslassen und ist bestrebt, sich den Weg nach Konstantinopel über Bagdad und Belgrad freizuhalten. Neben Jugoslawien liegt die Hand auf dem Balkan, um diesen in die asiatische Einflußsphäre einzureihen. Nur England, das in seiner Weltanschauung zu Sowjetrußland in Europa Ruhe und Frieden braucht, und in jedem Balkanentwurf die Gefahr sieht, daß der Südosten Europas dem Bolschewismus verfallen, sucht den Balkanplänen des serbisch-kroatischen Blocks wehrlos gegenüber.

Strafanträge gegen Wulle und Kube.

Berlin, 12. Dezember.
In der gestrigen Verhandlung über den Fremdenmord im Teufeler Forst hat der Angeklagte Grütze-Becher die deutsch-völkischen Abgeordneten Wulle und Kube sowie den früheren Abgeordneten Ahlemann durch seine Aussagen so schwer belastet, daß die Staatsanwaltschaft nicht umhin können wird, gegen sie ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Es wird den drei völkischen Führern zur Last gelegt, daß sie Mitwisser des an dem frühen Oberleutnant Dammers begangenen Mordes gewesen seien. Unter Umständen können sie sogar wegen Unterstützung zum Mord zur Verantwortung gezogen werden. Der gegen sie bestehende Verdacht wird durch die Ausweise, die Grütze-Becher von Wulle erhalten hat, noch verstärkt. Wenn die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren gegen Wulle und Kube einleitet, so muß sie, da beide Abgeordnete sind, vom Reichstag befreit werden. Am Montag die Aufhebung ihrer Immunität fordern. Es ist zweifellos, daß sowohl der Reichstag, dessen Mitglied Kube ist, wie der Landtag, dem Wulle angehört, die Genehmigung zur Strafverfolgung der beiden Abgeordneten erteilen wird, da es sich hier nicht um ein rein politisches Verbrechen handelt, sondern um die Beteiligung an einem gemeinen Mord. Der Versuch des Abg. v. Gräfe, den Verdacht von den beschuldigten Abgeordneten dadurch zu nehmen, daß er ihnen ein Anerkenntnis darbot, dürfte keinen Erfolg haben, da die Aussagen Grütze-Bechers alle Wahrscheinlichkeit für sich haben.

Zusammentritt der Abrüstungskonferenz am 15. Februar.

Genf, 12. Dez. Heute hat nun der Völkerbundrat endlich nach dem Bericht Benesch das große Problem für die Abrüstungskommission angenommen und die Zusammenfassung dieser „vorbereitenden Kommission“ für die Abrüstungskonferenz, wie sie offiziell heißt, endgültig geregelt. Die Kommission wird, wie schon aus unseren früheren Meldungen bekannt ist, bestehen aus den Vertretern der zehn Regierungen, die jetzt im Rat des Völkerbundes sitzen, Belgien, Brasilien, England, Frankreich, Italien, Japan, Schweden, Spanien, Uruguay und Tschechoslowakei sowie der folgenden neun Regierungen — drei Nichtmitglieder des Völkerbundes und sechs Mitgliedsstaaten des Völkerbundes —, die eingeladen werden sollen, sich in der Abrüstungskommission vertreten zu lassen: Deutschland, Vereinigte Staaten und Sowjetrußland sowie Bulgarien, Finnland, Holland, Jugoslawien, Polen und Rumänien.

Diese neunzehngliedrige Kommission von Regierungsvorstellern wird zur Seite haben zwei beratende Organe, 1. die Ständige Kommission des Völkerbundes für militärische Fragen und 2. eine eigens neugebildete „Gemischte Kommission“ für wirtschaftliche Fragen, die aus zehn Mitgliedern bestehen soll, und zwar aus je zwei Mitgliedern des Finanzkomitees, des Wirtschaftskomitees, der Verkehrskommission und aus je zwei Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppe der internationalen Arbeitsorganisation.

Die Abrüstungskommission soll zum erstenmal am 15. Februar 1926 zusammentreten, und die beiden beratenden Kommissionen sind für den folgenden Tag, den 16. Februar, erstmalig einzuberufen, um sich über die Organisation und Vertellung der Arbeiten schlüssig zu werden.

Einigung der Alliierten über die deutsche Luftfahrt.

Paris, 13. Dezember. Die technischen Sachverständigen der Alliierten sind am Sonnabend in Paris zu einer Sitzung zusammengetreten und haben sich mit der Frage der deutschen Luftschiffahrt befaßt. Sie sind zu einer Einigung über alle Fragen gelangt, die die deutschen Garantien für seine Luftschiffahrt und für das Ueberfliegen Deutschlands durch die alliierten Flugzeuge betreffen. Die Beschlüsse werden den deutschen Sachverständigen am 16. Dezember unterbreitet werden, zu dem Zweck, eine endgültige Regelung in diesen Fragen zu finden.

Schwere Niederlage der Franzosen in Syrien.

Paris, 13. Dez. Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ bestätigt die aus Jerusalem stammenden Berichte, wonach ein französisches Bataillon von mehr als 1000 Mann östlich von Damaskus vernichtet worden sei. Hunderte von Syrern gingen allig zu den Aufständischen über, nachdem die Friedensvermittlung gescheitert sei. Im übrigen berichten die Blätter von sorgföhrten Abtransporten französischer Truppen nach Syrien. So sind nach dem „Echo de Paris“ gestern Transporte von drei Bataillonen dorthin abgegangen.

Die Kleine Entente gegen die monarchistischen Treiber in Ungarn.

Wien, 13. Dez. Das „Neue Wiener Tageblatt“ das aus Kreisen der Kleinen Entente gewöhnlich gut unterrichtet ist, veröffentlicht Nachrichten aus Bukarest und aus Prag, daß auf Anregung der jugoslawischen Regierung ein energischer Schritt der Kleinen Entente in Budapest gegen die monarchistischen Treiber des Erzherzogs Albrecht unternommen werden soll. Diese Frage bildet auch einen Hauptberatungspunkt auf einer Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente, die am 18. Dezember in Belgrad stattfinden soll.

Reichstagsempfang des Vereins Berliner Presse.

Berlin, 13. Dez. Zum Reichstagsempfang des Vereins Berliner Presse zu Ehren der Reichsregierung hatte sich heute nachmittags ein zahlreiches Publikum eingefunden. Bekannte Vertreter der Politik, der Wirtschaft und der Kunst waren in großer Zahl erschienen, die Vertreter des Berliner Schrifttums waren fast vollständig anwesend. An ein mit großem Beifall aufgenommenes Konzert in der Wandelhalle schloß sich der traditionelle offizielle Akt im Plenarsitzungsraum, zu dem in Vertretung des Reichspräsidenten Staatssekretär Dr. Weisner erschienen war, während man am Regierungstische außer dem Reichsfinanzminister Dr. Luther u. a. die Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Gehrler sowie Mitglieder der preussischen Staatsregierung bemerkte. Nach einer Begrüßungsansprache Dr. Wetgers, des Vorsitzenden des Vereins Berliner Presse, der bei dieser Gelegenheit dem Reichstagspräsidenten Böbe anlässlich seines 50. Geburtstages herzlichste Glückwünsche aussprach, betrat Reichsaußenminister Dr. Stresemann lebhaft begrüßt das Rednerpult, um in längerer Ausführungen über deutsche Kulturgemeinschaft zu sprechen, die er mit dem Tage des Inhalts einleitete, daß ihn die Tatsache, daß die jetzige Reichsregierung nur eine geschäftsführende sei, von der Verpflichtung entbinde, über Politik zu sprechen.

Ereilichte Einreise nach Elsaß-Lothringen.

Paris, 13. Dez. Auf Grund verschiedener Anregungen zugunsten der Aufhebung des auf den Rassen für die deutschen Staatsangehörigen vermerkten Verbots, sich in die Departements Elsaß und Lothringen zu begeben, und auf Grund eines letzten erfolgten Schrittes des Abgeordneten Weill hat der Innenminister diesem mitgeteilt, er habe den Außenminister und die Generaldirektion für Elsaß und Lothringen davon benachrichtigt, daß er in der Annahme der vorgeschlagenen Regelung nichts Unzuträgliches sehe mit dem Vorbehalt, daß man von den Angehörigen der Reichswehr und der Schuppeligen für das Betreten der beiden Departements eine besondere Ermächtigung verlangen werde.

Frankfurt am Main, 13. Dez. Dem Reichstagspräsidenten Böbe, der am Sonntag in Breslau weilte, wurde aus Anlaß seines 50. Geburtstages vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dessen Reichsausschussmitglied der Kaiser ist, ein Festschreiben dargebracht. Böbe nahm vom Balton des Gewerkschaftsbundes die Quälung entgegen.